



Jugend im Parlament Resolutionen 2000

Schulausschuss

„Schulorganisation“

1.) *BeamInnenstatus aufheben*

Wir stellen fest:

Der BeamInnenstatus gibt dem/der LehrerIn zu viele Freiräume gegenüber dem Arbeitnehmer (staatl.). Dadurch sinkt die Kontrollierbarkeit der Unterrichtsqualität immens.

Wir fordern:

- Aufhebung des BeamInnenstatus.
Dies muss überregional geschehen, da ansonsten eine LehrerInnenwanderung in die umliegenden Bundesländer mit BeamInnenstatus zu beobachten wäre.

2.) *HalbtagslehrerInnen*

Wir stellen fest:

Dem Vollzeitunterricht sind viele LehrerInnen bei guter Qualität nicht gewachsen. Außerdem gibt es mehr LehrerInnen als vorhandene freie Stellen.

Wir fordern:

- Bei Neueinstellungen sollten primär Halbtagsstellen vergeben werden.

3.) *„Politik in der Schule“*

„Die Schule soll durch die Vermittlung von Wissen und Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten die Entfaltung der Person und Selbstständigkeit ihrer Entscheidung und Handlung So fördern, dass die Schülerinnen und Schüler aktiv am sozialen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, beruflichen, kulturellen und politischen Leben teilhaben können.“ (HmbSG §2 (4))

Wir stellen fest:

Es gibt nur eine mangelhafte Aufklärung über Politik in der Schule.
Die Jugend ist zunehmend Politikverdrossen.

Wir fordern:

- Die Austeilung der SchülerInnenfibel an alle SchülerInnen
- Eine KlassenlehrerInnenstunde in der die SchülerInnen über ihre Rechte informiert werden sowie eine monatliche Stufenversammlung auf der die SchülerInnen sich austauschen können.
- Eine projektartige Information über den demokratischen Schulalltag am Anfang eines Schuljahres über neue Rechte und Pflichten, sowie Veranstaltungen

- Alle SchülerInnen und Eltern erhalten die Einsichtungsmöglichkeit in die Bildungspläne am Anfang jedes Schuljahres, in Form eines Informationsabends.

4.) *Schulwechsel*

Wir stellen fest:

- Ein freiwilliger Schulwechsel kann zur positiven Lern- / Persönlichkeitsentwicklung beträchtlich beitragen.
- Mangelnde Reglementierung eines Wechsels ermöglicht Machtmissbrauch

Wir fordern deshalb:

- Die einzige Erwägung ob einE qualifizierteR SchülerIn aufgenommen wird oder nicht ist die, ob die Aufnahme organisatorisch möglich ist. Die Beweislast liegt bei der Schule.
- Ebenso darf der Ausschluss aus Kursen (auch kooperierende) nur aus organisatorischen Gründen geschehen.
- Pädagogische Gespräche müssen nach der Aufnahme des Schülers / der Schülerin klar getrennt von dieser stattfinden.

„Rechte von SchülerInnen“

1.) *Demokratisierung der Schulen*

„Unterricht und Erziehung richten sich an den Werten des Grundgesetzes ... Es ist Aufgabe der Schule, die Schülerinnen und Schüler zu befähigen und ihre Bereitschaft zu stärken, ... an der Gestaltung einer ... demokratischen Gesellschaft Mitzuwirken“ (HmbSG §2 (1))

Wir stellen fest:

- Die Machtverteilung in der Schule muss reformiert werden, um dieses Ziel zu erreichen.
- Die Schulkonferenz ist nur das zweitwichtigste Gremium in der Schule, hinter der LehrerInnenkonferenz. Dies widerspricht dem § 52 (1) des HmbSG.

Deshalb fordern wir:

- dass einE LehrerIn auch bei lichterem Vorgehen von der Schule, durch die Schulkonferenz, verwiesen werden kann
- dass wichtige Entscheidung, wie z.B. die flexible Stundentafel oder die Verteilung des Schulbudgets in den Händen der Schulkonferenz und nicht in denen der LehrerInnenkonferenz liegt.

2.) *Neuerungen des Schulgesetzes*

Wir stellen fest:

- SchülerInnen, die einen annähernd schlechten Verhältnis zu ihren LehrerInnen stehen, werden häufig in Klausuren bei der Bewertung zum negativen hin bewertet.

- SchülerInnenausweise aus Papier werden beim Mitführen in der Hosentaschen oder im Portemonnaie zu schnell abgenutzt und sind im allgemeinen zu unhandlich.
- Das SchülerInnenbudget wird, wenn überhaupt vorhanden, an den einzelnen Schulen individuell gehandhabt.

Deshalb fordern wir:

- Dieses Konzept ist erarbeitet worden, für den Fall, dass der Verdacht auf eine ungerechte Benutzung der Klausuren besteht und die Schüler deshalb das Gegenlesen von Dunkelmännern und -frauen fordern.

Für diesen Fall sollen 2 vertrauenswürdige MitschülerInnen, die von dem/der betroffenen SchülerIn ausgewählt wurden, mit ihm/ihr zusammen zu einem/einer ebenfalls vertrauenswürdigen FachlehrerIn gehen und dieseN um eine objektive Meinung bitten, ob eine ungerechte Benotung stattgefunden hat.

Wenn dies der Fall ist, soll der/die ausgewählte LehrerIn die Klausur oder Arbeit anonym an eineN Dunkelmann/-frau weiterleiten.

Der Dunkelmann/die Dunkelfrau hat die Möglichkeit eine objektive und gerechte Note zu geben, ohne einem Kollegen/einer Kollegin zu Nahe zu treten.

Bevor die Klausur oder Arbeit weitergeleitet wird, werden Randbemerkungen und Noten wegkopiert, so dass der Dunkelmann/die Dunkelfrau nicht voreingenommen ist.

- Neue SchülerInnenausweise, die führerscheinähnlich aus kleinen Plastikkärtchen bestehen. Es soll somit eine handlichere Handhabung garantiert werden. Die Entwicklung geschieht in Form eines Wettbewerbes.
- Einheitliche Festlegung des SR-Budgets im Schulgesetz (Vorschlag sind 5,-DM)
- Eine Novellierung des Schulgesetzes

3.) *Mitgestaltung vom Unterricht*

„Sie eröffnet Schülerinnen und Schülern alters- und entwicklungsgemäß ein größtmögliches Maß an Mitgestaltung von Unterricht und Erziehung, um sie zunehmend in die Lage zu versetzen, ihren Bildungsprozess in eigener Verantwortung zu gestalten.“

Wir stellen fest:

- Das die Feedbackkultur nicht kontinuierlich durchgeführt wird und keinerlei Rückmeldung an die Lehrer diesbezüglich kommt und deshalb die Qualität des Unterrichts zu wünschen übrig lässt.
- Der Unterricht von SchülerInnen für SchülerInnen wird nicht regelmäßig durchgeführt.
- Es gibt einen Mangel an pädagogischen Verhalten der LehrerInnen

Wir fordern deshalb:

- dass eine neue Unterrichtsform in Hamburger Schulen durchsetzt. Dies soll, wie folgt, projektartig in jedem Fach mind. einmal pro Schuljahr ablaufen. Schülerinnen und Schüler übernehmen eigenverantwortlich den Unterricht. Im Rahmen einer Präsentationsarbeit gestaltet eine Schülerin/ ein Schüler oder eine Gruppe selbstständig (aber nicht Alleinlassen!) eine Unterrichtseinheit.

Es handelt sich dabei nicht um ein klassisches Referat, sondern um eigenes Unterrichten mit Aufgaben für die Mitschülerinnen- und schüler und einer eigenen (alternativen) Unterrichtsgestalten mit evtl. neuen Unterrichtsformen.

- dass die Unterrichtsqualität durch ein Feedbackprojekt, an das der GEW anlehnend, von SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen entwickelt wird. Dieses Projekt muss konstant im Unterricht durchgeführt werden. Informationen müssen mind. zweijährig an SchülerInnen und Eltern geschickt werden, um eine ständige Evaluation zu gewährleisten.

„Neue Medien“

Damit ein hochwertiger Unterricht zustande kommen kann, muss die jeweilige Lehrkraft ausreichend ausgebildet sein.

Wir stellen fest:

- es gibt an einigen Schulen nur wenige, qualifizierte, Informatik-Lehrkräfte
- die Informatik-Bildungspläne sind veraltet bzw. ineffektiv
- die EDV Anlagen werden nur zögerlich zur Verwendung, außerhalb des Informatikunterrichtes, freigegeben
- nicht jedeR SchülerIn/LehrerIn hat grundlegende EDV-Kenntnisse

Deshalb fordern wir:

- Es muß an jeder Schule einE LehrerIn vorhanden sein, der/die in der Lage ist, bei einer MindestschülerInnenzahl einen Informatik-LK anzubieten.
- Informatik-LehrerInnen müssen eine zeitgemäße Informatik-Ausbildung haben
- LehrerInnen-Fortbildungen sollten besonders unterstützt werden
- Allen SchülerInnen sollte ein gewisses Informatik-Grundwissen beigebracht werden
- Alle Schulen müssen zeitgemäß ausgerüstet sein
- Ausgleichsstunden für InformatiklehrerInnen, da sie viel Freizeit in Wartung des Netzwerkes investieren müssen.
- Video- und Bildbearbeitung als Thema und eine bessere Ausrüstung

„Sparmaßnahmen“

Die Basis für eine hoch entwickelte Gesellschaft liegt in der Schulbildung.

Daher darf nicht an der Bildung der Kinder und somit der Zukunft der Gesellschaft gespart werden.

1.) *LehrerInnenmangel*

Wir stellen fest:

- häufiger Unterrichtsausfall ohne Vertretung bzw. nicht kompetente Vertretung
- hohe Krankheitsrate der Lehrkörper
- Lehrer müssen mehr Arbeiten auf Grund von fehlender KollegInnen
- Aufgrund von LehrerInnenmangel findet der Unterricht in der Sekundarstufe 2 teilweise, anstatt 3 nur 2 Stunden, statt.

Wir fordern:

- Einstellung von mehr Lehrkräften an Hamburger Schulen
- Langzeitkranke LehrerInnen während des Ausfallens ersetzen

2.) *Raummangel*

Wir stellen fest:

- an vielen Hamburger Schulen besteht, aufgrund steigender SchülerInnenzahlen, akuter Mangel an Klassen-/Versammlungs-/Fachräumen - andererseits werden Schulen geschlossen
- an einigen Schulen ist die Verzögerung von Baumaßnahmen durch die Schulbehörde zu beobachten

Wir fordern:

- schnelle Bearbeitung von Bauanträgen, damit rechtzeitig genug Räume für steigende SchülerInnenzahlen geschaffen werden
- mehr Klassenräume, so dass der angesprochene Raummangel bekämpft wird

3.) *Lehrmittel*

Wir stellen fest:

- gewisse Lehrmittel sind veraltet bzw. beschädigt
- die Lehrmittel sind häufig nicht in ausreichender Stückzahl vorhanden

Wir fordern:

- Sicherstellung von aktuellen Lehrmitteln in gutem Zustand
- Damit sichergestellt ist, dass dem Recht der SchülerInnen auf Lehrbücher nachgekommen wird, mögen Lehrmittel, in ausreichender Zahl, zur Verfügung gestellt werden.

Ausschuss für Energie & Umwelt

Wir ersuchen den Senat, folgende Maßnahmen durchzusetzen:

Umgang mit regenerativen Energien

Aufklärungsmaßnahmen

- Die Bevölkerung muss über die umwelttechnischen Vorteile von regenerativen Energien aufgeklärt werden. Außerdem müssen Vorurteile aus der Welt geschaffen werden.
- In den Schulen muss über die Vorzüge der regenerativen Energien gegenüber der Kernenergie und fossilen Energien gesprochen werden. Eine umweltverträgliche Energieversorgung wird immer wichtiger, da der Natur durch den Einsatz fossiler und atomarer Energieformen erhebliche Schäden zugefügt wurden und werden. Zukunftsfähige Alternativen sind deshalb wichtig, um folgenden Generationen ein lebenswertes Leben zu ermöglichen.

Maßnahmen

- Die regenerativen Energien müssen stärker subventioniert werden, denn im Vergleich zur Kernenergie und Kohleenergie unterliegen sie extremen wirtschaftlichen Nachteilen. Finanzielle Mittel dazu sollten aus den Subventionstöpfen für Kohlekraftwerke und Kernenergie genommen werden.
- Öffentliche Gebäude müssen mit regenerativer Energie versorgt werden. Das bringt zwar primär wirtschaftliche Nachteile für den Hamburger Haushalt, es wird aber auf

Dauer erreicht, dass regenerative Energie durch diese verstärkte Nachfrage gefördert wird und so auf Dauer gesehen eine günstige Alternative zum derzeit noch günstigeren Strom aus Kernkraftwerken und Kohlekraftwerken sind.

- Haushalte, die regenerative Energien beziehen, müssen steuerlich begünstigt werden.

Umgang mit Kernenergie und fossilen Energien

Aufklärung der Bevölkerung.

- Die Bevölkerung muss über die Nachteile von aus Kohlekraftwerken und Kernkraftwerken stammendem Billigstrom aufgeklärt werden. Die Gefahren von atomarer Energieerzeugung müssen weiter publik gemacht werden

Maßnahmen

- Kernenergie muss binnen der nächsten 7 Jahre durch regenerative Energiequellen ersetzt werden.
- Übergangsweise ist der Einsatz von fossilen Energieträgern, speziell Gas mit Kraft-Wärme-Kopplung empfehlenswert. Wir ersuchen die Bürgerschaft diesen Punkt an den Bundesrat weiter zu leiten. (Maßnahmen siehe „regenerative Energien“ Absatz 2.1).
- Die Kosten für den Abbau der Kernkraftwerke, sowie End- und Zwischenlager und zukünftige Castortransporte müssen die Energieversorger tragen. Mit den von den Energieversorger gebildeten Rücklagen, und deren Zinsen, lassen sich diese Kosten decken.
- Der sog. Atomkonsens muss gesetzlich verankert werden, so dass es einer zukünftigen Regierung nicht möglich ist, diesen wieder zu kippen.

Energiesparprogramme

Maßnahmen

- Energiesparpotenziale in öffentlichen Gebäuden müssen besser ausgenutzt werden (z.B. Energiesparlampen, Nachlaufrelais auf Toiletten und Fluren, Stosslüftprogramme etc...)
- Häusersanierungen müssen intensiver gefördert werden, solange sie den Zweck verfolgen, Energie einzusparen.
- Das „50/50-Projekt“ muss für alle Schulen verbindlich sein. Außerdem muss das Projekt auf sämtliche öffentliche Gebäude ausgeweitet werden.
- Durch moderne Gebäudesystemtechnik wie z.B. Klimaanlage, die warme Abluft zum Heizen der Frischluft verwenden, können in den meisten öffentlichen Gebäuden bis zu 50% der Heizkosten eingespart werden.

Jugend und Politik

Politische Bildung und Aufklärung

Der Politikunterricht z.B. an Gesamtschulen beginnt zwar in Klasse 5, beinhaltet jedoch nicht nur politische Aufklärung, sondern hauptsächlich Erdkunde und Geschichte. An Gymnasien beginnt der Politikunterricht erst in Klasse 9. In dem Alter haben Jugendliche bereits zum Großteil eine schlechte Einstellung zur Politik. Das Interesse der SchülerInnen wird durch den Politikunterricht nicht geweckt. Es mangelt an Motivation für politische Beteiligung.

Wir fordern ab Klasse 5:

- ...zusätzliche Unterrichtsstunden zum Aufbau politischer Grundlagen.
- ...dass, aktuelle Themen, die SchülerInnen direkt betreffen, zur Diskussion gestellt und besprochen werden.

ab Klasse 9:

- Weiterführung und Anwendung der aufgebauten Grundlagen (von Klasse 5 bis 8) in Form von:
 - a) Podiumsdiskussionen (z.B. mit PolitikerInnen, oder zwischen SchülerInnen) während der Unterrichtszeit
 - b) Ähnlich der aktuellen Stunde, eine quartale Diskussionsrunde, bei der Anwesenheit zunächst obligatorisch ist
 - c) (Junge) PolitikerInnen sollten regelmäßig in den Unterricht integriert werden
 - d) Rhetorik soll fächerübergreifend in den Unterricht miteinbezogen werden.
- In der Oberstufe sollten nur LehrerInnen Politik unterrichten, die Politologie studiert haben.

Unterstützung politisch interessierter Jugendlicher

Viele Jugendliche, die sich politisch engagieren möchten werden zunächst abgeschreckt. Es kaum bzw. keine bekannten Möglichkeiten aktiv zu werden ohne in eine Partei einzutreten. Jugendliche brauchen „Foren“ um ihre Ideen (ohne Parteieinfluss) zusammenzutragen und zu verwirklichen.

- Wir fordern die Unterstützung solcher Projekte, wie z.B. Jugendparlamente. (siehe Horn- und Alstertal- & Walddorferjugendparlament)

Gewalt und Drogen

Aufklärung und Betreuung

Wir fordern:

- dass Ärzte hilfebedürftige, werdende Eltern an freiwillige Kurse weiterleiten, bei denen die existentielle Grundversorgung und Erziehung von Kindern thematisiert wird.

Begründung:

Wir sehen die Wurzeln der Kriminalität zumeist in der Familie bzw. in der Erziehung

Wir fordern:

- dass in Klasse 4 eine Pflichtprojektwoche über Gewalt und Drogen an allen Schulen durchgeführt wird
- dass eine weiterführende Projektwoche ab Klasse 6 durchgeführt wird
- dass die Eltern möglichst einbezogen werden
- dass LehrerInnen verpflichtet werden an einem Seminar teilzunehmen, welches sie über Gewalt und Drogen aufklärt

Begründung:

Es soll gewährleistet werden, dass eine allgemeine Aufklärung über Gewalt und Drogen stattfindet.

Wir fordern:

- ausreichend SozialpädagogInnen an jeder Schule, dessen ausschließliche Aufgabe es ist, SchülerInnenprobleme zu lösen

Begründung:

- Mangelnde sozialpädagogische Betreuung an Schulen
- Zur Verminderung der Jugendkriminalität im schulischen und privaten Bereich

Rechte von Opfern und TäterInnen

Wir fordern:

- Opfern soll ein Anwalt gestellt werden
- Kostenlose psychologische Betreuung für Opfer

Begründung:

Zur Gleichberechtigung von Opfern und TäterInnen

Wir fordern:

- stärkere Förderung von TäterInnen bei ihrer sozialen Strafarbeit
- Eingliederung in den Arbeitsalltag

Begründung:

- Ungenügende Förderung
- Um häufige kriminelle Rückfälle zu vermeiden

Jugendeinrichtungen

Wir fordern:

- mehr Angebote in den Jugendzentren
- verlängerte Öffnungszeiten in den Jugendzentren in der Woche und am Wochenende
- Öffnung der Jugendzentren auch in den Ferien

Begründung:

- Senkung der kriminellen Bereitschaft von Jugendlichen
- Hilfe für Opfer

- Gezielterer Vorgang gegen Kriminalität

Animation

Wir schlagen vor:

- prominente Jugendidole zu motivieren, sich in sozialen Brennpunkten zu engagieren

Begründung:

Um Jugendlichen neue Perspektiven zu zeigen

Rechtsextremismus

Allgemein

- Wir fordern stärkere polizeiliche Präsenz und rasches, effektives Durchgreifen an Brennpunkten rechtsradikaler Gewalt.
- Wir verlangen eine erweiterte Kampagne für mehr Zivilcourage gegen rechte Gewalt (vor allem an Schulen).
- Wir fordern ein stärkeres Strafmaß bzw. eine partielle Umstrukturierung des Strafmaßes für Gewaltvergehen. Das härtere Strafmaß soll dabei der finanziellen Situation des Täters/der Täterin entsprechen, als Geldstrafe zu zahlen oder in Sozialstunden abzuleisten.
- Des weiteren verlangen wir härtere Strafen für Besitz und Verbreitung rechter propagandistischer Symbole, Kennzeichen und Schriften.
- Wir befürworten die Überwachung von rechten Parteien und ein sofortiges Eingreifen bei verfassungswidrigen Handlungen. (Jedoch war die Mehrheit des Ausschusses gegen das Verbot der NPD).

Rechtsextremismus an Schulen

- Wir schlagen vor, eine Projektwoche zum Thema Rechtsextremismus an Schulen durchzuführen. Außerdem sollte in den Schulen mehr nationalitätenübergreifende Gruppenarbeit durchgeführt werden.
- An jeder Schule sollte eine Gruppe SchülerInnen möglichst aus verschiedenen Stufen und Nationalitäten, die SchülerInnen und auch die Eltern informieren und eventuell auch Gesprächskreise veranstalten. Diese Gruppe sollte auch von Klasse zu Klasse gehen und vor Ort Klassensituationen besprechen und entschärfen. Die Gruppe sollte auch einen LehrerInnen zur Unterstützung bekommen.
- Wir regen an, verbindliche Schulaktivitäten für SchülerInnen zum besseren Kennenlernen und zum Abbau von rassistischen Vorurteilen zu veranstalten.

- Eltern sollen auf Elternabenden über rassistische Probleme in der Klasse informiert werden. Sie sollen sich dort besser kennen lernen, damit sie den Kindern eine größere Hilfe sind.
- Es muss eine größere Aufklärung an den Schulen stattfinden mit Informationsblättern und Plakaten.
- Wir unterstützen die Resolution vom Ausschuss AusländerInnenpolitik von Jugend im Parlament 1999, der den Staat Hamburg dazu auffordert, einen Informationsbus einzurichten, der von Schule zu Schule fährt.
- Wir regen an, mindestens einmal im Monat in der Klasse mit dem Klassenlehrer (evtl. einem Experten) eine Diskussion durchzuführen, in der man im einzelnen auf die Klassensituationen eingeht.
- Wir verlangen Fortbildungsseminare für LehrerInnen in denen sie geschult und informiert werden zum Thema Rechtsextremismus.

Behandlung des Rechtsextremismus in den Medien

- Das Ziel der Aufklärung sollte in den Medien stärker in den Vordergrund gestellt werden.
- Politische Themen eignen sich ohnehin nicht für eine Steigerung der Auflage, so muss Berichterstattung absolut objektiv sein.
- Ausführliche Berichte über die rechte Szene als Ganzes sind zur Bildung einer differenzierten Betrachtung unabdingbar.

AusländerInnen-/Integrationspolitik

Kritik an der politischen Diskussion um die AusländerInnen-/Integrationspolitik

- Wir stellen fest, dass die Parteien keine konstruktive Diskussion führen. Daher fordern wir eine sachlichere, differenziertere Auseinandersetzung mit dem Ziel, eine gemeinsame Basis zu finden. Dazu gehört:
 - auf Polemik zu verzichten; dafür ist das Thema zu sensibel
 - die in der Diskussion verwendeten Begriffe zu klären, insbesondere (Leit-) Kultur, Gesellschaft, multikulturell, um nicht aneinander vorbeizureden.
- Wir sind dagegen, dass Parteien Zuwanderungspolitik zum Wahlkampfthema machen, da es den rechtsradikalen Parteien Möglichkeiten zur Profilierung gibt. Entsprechend verurteilen wir die „Kinder statt Inder“-Kampagne und die Anti-Doppelpass-Unterschriftenaktion der Union.
- Wir sind gegen den Begriff „Leitkultur“, weil Kultur aufgrund ihrer natürlichen Vielseitigkeit grundsätzlich nicht einheitliches Identifikationsobjekt sein kann. Andernfalls würde der Kulturbegriff in die Nähe von „Volkstum“ der nationalistischen Ideologie gerückt. „Leitkultur“ steht im direkten Gegensatz zu der Idee einer multikulturellen Gesellschaft.

Statt Leitkultur fordern wir eine öffentliche Diskussion über gesellschaftliche Grundregeln und Grundwerte, an die sich alle halten sollten, die in diesem Land leben. Als solche fordern wir:

- Kenntnis und Achtung der Verfassung
 - Kenntnisse der deutschen Sprache als Grundlage der Verständigung
- Im Rahmen dieser Grundwerte soll jeder ohne weitere Einschränkung seine Kultur pflegen können. Voraussetzung dafür ist Achtung, Respekt und Toleranz gegenüber allen Kulturen, ein positiver Austausch zwischen den Kulturen, im Sinne eines harmonischen Zusammenlebens.

Anregungen und Forderungen bzgl. der Methodik der AusländerInnen/ Integrationspolitik

- Wir fordern transparente und überall gültige Richtlinien und Gesetze für das Zusammenleben von In- und AusländerInnen und deren konsequente Umsetzung. Nur das schafft Vertrauen zur staatlichen AusländerInnenpolitik in der Bevölkerung. Speziell betrifft dies AusländerInnenkriminalität und ausländerInnenfeindliche Übergriffe.
- In den Mittelpunkt der Diskussion um Integrationspolitik sollten die Angebote von Information und Betreuung für ZuwandererInnen gerückt werden. Wir fordern ausdrücklich die Ausweitung dieser Angebote, jedoch nicht in Form von kollektiven „Integrationskursen“, sondern individuell auf die Bedürfnisse der verschiedenen Zuwanderergruppen abgestimmt. Dies vermeidet Diskriminierung und ist effektiver.
- Wir sind für eine Regulierung der Zuwanderung, fordern aber ausdrücklich, die Asylpolitik unabhängig davon zu gestalten.
- Wir wünschen uns, im Sinne besseren öffentlichen Verständnisses für das Thema, ein erweitertes Informationsangebot über Ausländer-/Integrationspolitik. Mit gutem Beispiel sollten die Parteien mit ihren Homepages vorangehen.
- Da es keinen Ausschuss für AusländerInnenpolitik in der Hamburgischen Bürgerschaft gibt, fordern wir die Benennung eines Gremiums oder einer Person, die diese Aktivitäten in der Bürgerschaft koordiniert.
- Wir fordern die VertreterInnen Hamburgs auf, in der Diskussion auf Bundesebene für die Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft einzutreten.

Ghettorisierung

Es muss zur Norm werden, dass nicht-deutsche und deutsche MitbürgerInnen einander und die entsprechenden Kulturen respektieren und voneinander lernen. Es muss außer Frage stehen, dass das Leben in einem multikulturellen Vielvölkerstaat einen Vorteil und nicht defizitäres ist. Nach diesem Grundsatz sollte gelehrt und gelebt werden.

Wir fordern eine sozial ausgewogene Stadtpolitik mit folgenden Unterpunkten:

Stadtpolitik

Baupolitik

Wir nehmen die Siedlung Neu-Allermöhe als im Grunde positives Vorbild für das Umsetzen einer Großwohnsiedlung. Das Fehlen von Hochhäusern, die breitgehaltenen Straßen, die begehbaren Grünflächen, die Spazierwege und vielen Sportplätzen schaffen eine familienfreundliche Atmosphäre. Sehr zu kritisieren ist die fehlende Infrastruktur, was die Interaktion, das gegenseitige Kennenlernen und das Voneinanderlernen verhindert. Es muss ein multikulturelles Angebot beschaffen werden (z.B. Cafés, Restaurants, Kinos, Theater, Kulturtreffs, Elternschulen, Volkshochschulen), das alle anspricht und den Stadtteil auch für Auswärtige attraktiv macht.

Siedlungspolitik

Oberstes Prinzip einer neuen, innovativen Siedlungspolitik muss die Durchmischung der ethnischen Gruppen, sowie von arm und reich sein, damit ein friedliches Zusammenleben und Voneinanderlernen gewährleistet wird.

- Wir fordern, dass AusländerInnenwohnheime und Sozialwohnungen nicht mehr in sozialschwachen Gebieten und Randgebieten angesiedelt werden, sondern auch in besser situierten Stadtteilen.
- Wir sind gegen sanktionierende Quotenregelungen in der Wohnungspolitik, da der Kern des einseitigen Siedlungsproblems nicht erfasst wird. Heutzutage ist die StaatsbürgerInnenenschaft kein zwingender Beweis über die gelungene Integration eines Immigranten, wie z.B. über die für Integration essentiellen Sprachkenntnisse der hiesigen Sprache.

Miteinander leben

Wir fordern Mittel für eine bessere Identifizierung mit dem Stadtteil, um den ausgrenzenden Nationalitätsgefühl einzelner ethnischer Gruppen entgegen zu wirken und ein Zusammengehörigkeitsgefühl auf einer anderen Ebene zu schaffen. Das wollen wir mit folgenden Maßnahmen gewährleisten:

- Gemeinsame gemeinnützige Aktivitäten der AnwohnerInnen (Stadtteulfeste, Workshops, gemeinsame Mietergärten, Volkshochschulkurse im Stadtteil, Elternschulen und -Vereine, internationale Tage, etc.)
- Längere Öffnungszeiten der HDJ's, um Jugendlichen ein breiteres Freizeitangebot zu bieten, mehr BetreuerInnen, die einen Migrationshintergrund oder Erfahrung bezüglich dessen haben, um so besser auf unterschiedliche Jugendliche eingehen und als Vertrauensperson fungieren zu können.
- Mehr Angebote auch für ältere Menschen, um deren Integration besser zu garantieren und damit auch über das Elternhaus erreichen zu können.

Integration an Schulen, Kindergärten, Kindertagesstätten und Freizeitinstitutionen

Allgemein :

- 1) Durch interkulturelle Ausbildung und Fortbildung der Fachkräfte in den einzelnen Institutionen wird die Integration von Bürgern und Bürgerinnen mit Migrationshintergrund gefördert.
- 2) Öffentliche Veranstaltungen von Informationszentren sollten an attraktiveren Treffpunkten durchgeführt werden.

- 3) Die Einladungen zu solchen Veranstaltungen sollten persönlicher und besser publiziert werden.
- 4) Die Werbung für Informationszentren sollte attraktiver und ansprechender gestaltet werden. Außerdem sollte die Werbung weiter verbreitet werden, z.B. über Faltblätter, die beim Supermarkt ausliegen.
- 5) Es sollten bei der Gestaltung von Veranstaltungen, der oben genannten Institutionen, alle Kulturen einbezogen werden.
- 6) Zivildienstleistende, eventuell mit Migrationshintergrund, sollten in sozialen Einrichtungen, wo anderskulturelle Kinder und Jugendliche hingehen, eingesetzt werden. Bevor die Zivildienstleistenden in den sozialen Einrichtungen aktiv werden, sollten sie ein einleitendes Seminar besuchen.
- 7) Wir fordern die Einrichtung von Informationszentren, die sich an Jugendliche und Eltern mit Migrationshintergrund wendet, um diese hinsichtlich des deutschen Schulsystems, der Abschlüsse, der Finanzierung von Ausbildung und Studium aufzuklären.
- 8) Es sollte AnsprechpartnerInnen in den Infozentren geben, die für persönliche Probleme der EinwandererInnen da sind.

Schule:

- 1) Kontrolle der Einhaltung des Deutschunterrichts als Förderunterricht, um den SchülerInnen mit Migrationshintergrund das Erlernen der deutschen Sprache zu sichern.
- 2) Durch die Kooperation von mehreren Schulen, würde das Angebot an Fremdsprachen steigen. Dadurch wäre die Möglichkeit gewährleistet die jeweilige Muttersprache als 1. Fremdsprache einzubringen.
- 3) Interkulturelle Erziehung sollte Bestandteil der LehrerInnenausbildung sein. Durch Fortbildung und Seminare sollte dies aktualisiert werden.
- 4) Des weiteren halten wir es für notwendig, das LehrerInnen didaktische Methoden erlernen zur Auflösung von monokulturellen Gruppen in ihren zu unterrichtenden Klassen.
- 5) Außerdem fordern wir eine Ausweitung des Lehrplans auf interkulturelle Themen, wobei alle Unterrichtsfächer mit einbezogen werden müssen.
- 6) Wir fordern die stadtteilbezogene Einführung von zusätzlichen Sprachen an Schulen.

Kindergärten und Ganztagesstätten:

- 1) Wir fordern die Einbeziehung aller Eltern in Projekttagen und Ausflüge, die die multikulturelle Erziehung fördern. Besonders Eltern mit Migrationshintergrund sollte die Teilnahme ermöglicht werden, um ihre Kultur zu präsentieren.
- 2) Es sollte auf ein Gleichgewicht der Nationalitäten in den Kindergärten geachtet werden.
- 3) Es sollte auch in Kindergärten und Ganztagesstätten verstärkten Deutschunterricht für Kinder und Jugendliche geben, an denen ebenfalls Eltern ohne Deutschkenntnisse teilnehmen können. Auch dieser Sprachunterricht sollte möglichst von Fachkräften mit Migrationshintergrund oder interkulturellen Erfahrungen unterrichtet werden.

- 4) Auch in Kindergärten und Ganztagsstätten sollte für interkulturelle Erziehung gesorgt werden. Deshalb fordern wir, dass Ausflüge zu anderskulturellen Einrichtungen organisiert werden.

Freizeitangebote:

- 1) Wir fordern, dass in Kirchen und Gemeinden, in Häusern der Jugend und in Sportvereinen das Einsetzen von SozialarbeiterInnen, die entweder interkulturelle Erfahrung haben oder mit Migrationshintergrund sind. Wir sehen dies als notwendig, da sie die Mentalität der Herkunft der Jugendlichen kennen. Es soll ihre Aufgabe sein die multikulturellen Gruppen friedlich zusammenzuführen.
- 2) Kulturhäuser sollten für die gesamten Einwohner des Stadtteils zugänglich sein, um das verständnisvolle Zusammenleben zu fördern.

StudentInnen:

- 1) Ausländische StudentInnen sollten die gleichen Rechte bezüglich der Arbeitserlaubnis haben, wie die deutschen Studenten. Eine Kontrolle ist möglich durch Leistungsnachweise.

Verwaltungswesen/ Gesetze

Wenn AusländerInnen Deutschland verlassen, sind sie unsere Botschafter in der ganzen Welt.

Daher fordern wir, dass sie sich auch bei Behördengängen hier wohl fühlen und immer menschenwürdig behandelt werden.

AusländerInnenbehörde

- Es muss dafür gesorgt werden, dass die AntragstellerInnen genug Möglichkeiten haben, sich über den Service der AusländerInnenbehörde zu informieren. Z.B. qualifizierte Telefonauskunft, Broschüren (nach Möglichkeit mehrsprachig)
- Wir fordern mehr Personal und längere Öffnungszeiten. In Altona werden mind. vier, in Wandsbek mind. zwei Arbeitskräfte mehr dringend gebraucht.
- Wir verlangen eine Arbeitskraft pro AusländerInnenbehörde, die bei der Ankunft des Antragstellers/der Antragstellerin prüft, ob alle nötigen Papiere vorhanden sind.
- Die Arbeitskräfte müssen besser für den Umgang mit AusländerInnen geschult werden, um ein Verständnis für sie zu entwickeln.
- Insgesamt muss eine freundliche Atmosphäre für alle geschaffen werden, z.B. mit Tee und Kaffee.

Asyl

- Der Senat möge sich dafür einsetzen, dass allen AsylbewerberInnen, die von nichtstaatlichen Organisationen misshandelt wurden, Asyl gewährt wird.
- Der Senat soll sich in Hamburg für die menschenwürdige Behandlung der AsylbewerberInnen einsetzen, z.B. in der Zeit bis zu ihrer Abschiebung.
- Wir verlangen von jedem Einzelnen, dass er sich für die Einhaltung der Menschenrechte bezüglich der Abschiebung einsetzt.

Bosnien

Aus aktuellem Anlass fordern wir den Innensenator dazu auf, sich bei der Konferenz der InnenministerInnen am Ende des Monats über die Zukunft der verbliebenen 30.000 bosnischen Kriegsflüchtlinge für deren Bleiberecht einzusetzen.

Diese Menschen haben sich hier in den letzten acht Jahren integriert, Ausbildungen angefangen, Beziehungen geknüpft und haben teilweise auf Grund ihrer Kriegserlebnisse psychische Störungen, z.B. durch Vergewaltigungen, Kriegsgefangenschaften, etc. Viele haben in Bosnien alles verloren und dort keine Angehörigen mehr

Notwendige Gesetze

- Nach achtjährigem legalem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland sollen AusländerInnen eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erhalten.
- Es soll eine lebenslange doppelte Staatsbürgerschaft geben.
- AusländerInnen mit unbefristeter Aufenthaltsgenehmigung sollen das Kommunalwahlrecht erhalten.
- Wir fordern ein Antidiskriminierungsgesetz, das die gleiche Behandlung von Menschen mit Immigrationshintergrund im Grundgesetz verankert, z.B. bezüglich des Wohn- und Arbeitsmarktes.

Außerdem

- PolizistInnen und andere Menschen mit ähnlich kontaktreichen Berufen sollen in Bezug auf die Behandlung mit AusländerInnen besonders gut geschult und geprüft werden. Des weiteren sollten AusländerInnen in diesen Berufen vermehrt eingestellt werden.
- Der Senat soll sich für die Erweiterung der GreenCard einsetzen. Es soll beschlossen werden, dass den ArbeiterInnen, die nach Deutschland kommen, der Aufenthalt erleichtert wird. Z.B. sollen StudentInnen nach Abschluss des Studiums nicht für einen Monat in ihr Herkunftsland zurückkehren müssen.

Innere Sicherheit

Das Vertrauen in die innere Sicherheit ist insbesondere bei älteren Menschen und bei Jugendlichen sehr gering. Die Angst beruht nicht gezwungenermaßen auf empirische Fakten, sondern vielfach auf subjektivem Empfinden. Tatsache ist, dass Hamburg die Kriminalitätsstatistik unter den Großstädten im Bereich der „Raubüberfälle auf Straßen, Wegen und Plätzen“ anführt. Wenn sich ein ganz wesentlicher Teil der Bevölkerung vor Verbrechen fürchtet, ist dies ein tiefgreifender Einschnitt in die Lebensqualität bei den BürgerInnen, besteht erhöhte Gefahr zur Selbstjustiz. Zudem sollte der Entwicklung entgegengewirkt werden, dass sich ausschließlich finanziell bessergestellte BürgerInnen ihre Sicherheit z.B. durch private Sicherheitsdienste erkaufen können.

Aufgrund dieser Tatsachen fordern für Folgendes:

Prävention

- Die Jugendzentren, so wie sie bestehen, dienen häufig als Treffpunkt für gewaltbereite Jugendliche. Statt dessen sollten die Jugendzentren zu einem Treffpunkt für Jugendliche aus sämtlichen Schichten werden. Dies kann nur durch ein attraktives Angebot erzielt werden. Die Jugendzentren müssen dem Computerzeitalter gemäß ausgerüstet werden und dementsprechende Kurse anbieten. Zudem sollte ein reizvolles Freizeitprogramm organisiert werden, das z.B. Wettbewerbe, Sprachkurse, musikalische Betätigung beinhaltet. Es könnten Kinoabende eingerichtet werden, bei denen die Jugendlichen zusammen Filme oder Sporthighlights sehen können. Um die Vorschläge realisieren zu können, schlagen wir vor, dass die Jugendzentren verstärkt mit Sportvereinen, Pfadfindern oder anderen Institutionen zusammenarbeiten. Die Organisation der Jugendzentren sollte so angelegt sein, dass die Jugendlichen ein gewisses Maß an Verantwortung übernehmen können.
- Zusätzlich sollen vermehrt junge SozialarbeiterInnen mit den Jugendlichen arbeiten, so dass die Jugendlichen eineN AnsprechpartnerInnen haben, der/die sie anregt, sich sinnvoll zu beschäftigen, und hilft, berufliche Perspektiven zu geben, wie es von vielen Familien nicht gewährleistet wird.
- In U- und S-Bahnen sowie auf Bahnhöfen sollen vermehrt Überwachungskameras aufgestellt werden.
- Erziehungsprogramme im Schulunterricht, mit den Themen Gewalt, Drogen und Zivilcourage sollen gefördert werden. Dies könnte die Aufklärung über die Gefährlichkeit von Drogenkonsum beinhalten sowie das richtige Verhalten in Gewaltsituationen. Zudem sollten sich die LehrerInnen mit auffälligen Kindern mehr auseinandersetzen und auch die Eltern mit einbeziehen. Gegebenenfalls sollten Ordnungsstrafen verhängt werden.
- Hamburg sollte sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass der Verkauf von gefährlichen Kampfmessern, die teils Kultstatus haben, nur in bestimmten Geschäften möglich ist. Die KäuferInnen sollten ein Mindestalter erreicht haben und den Personalausweis vorlegen müssen. Durch diese Maßnahmen wird die Gefährlichkeit dieser Waffen verdeutlicht. Zudem soll es härtere Strafen auf das Mitführen und den illegalen Besitz von diesen Waffen geben.
- Zwischen dem Delikt und dem Justizverfahren darf die Zeitspanne nicht mehr als drei Monate betragen, damit die StraftäterInnen sofort die Strafe bekommen und die Folgen ihrer Tat schneller realisieren. Um dies zu erzielen, muss die Verwaltung effizienter gestaltet werden, z.B. durch die Ausstattung mit Computernetzwerken zwischen Polizei und Justiz. Hierdurch wird ein besserer Informationsaustausch zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft und den Gerichten gewährleistet, der auch finanziell vorteilhaft sein kann.

Polizei

Die Zahl der im Streifendienst tätigen PolizeibeamtInnen muss vergrößert werden. In der Öffentlichkeit müssen sowohl motorisierte PolizistInnen wie Fußstreifen stärker Präsenz zeigen. Dabei sollten die BeamtInnen mit den BürgerInnen verstärkt in Kontakt treten, so dass ein vertrauensbildender Dialog ermöglicht wird. Zusätzlich wirkt eine solche Präsenz abschreckend auf potentielle TäterInnen. Die Erhöhung der Polizeipräsenz kann durch folgende Maßnahmen erreicht werden :

- Die Zahl, der in der Verwaltung eingesetzten PolizistInnen sollte auf ein Minimum reduziert werden. Sie können teils durch Bürofachkräfte ohne polizeiliche Ausbildung ersetzt werden.
- Die Zuständigkeit für die Bearbeitung kleiner Verkehrsdelikte (Strafzettel, Unfallaufnahme bei Blechschäden) sollte aus dem Polizeibereich ausgegliedert und auf einen besonderen Bereich übertragen werden, der keine polizeiliche Ausbildung erfordert.
- Die Arbeitszeiten der Polizei müssen den Sicherheitsbedürfnissen stärker angepasst werden.
- Angesichts der Gefahr die von DrogendealerInnen für Jugendliche ausgeht, sollen ZivilfahnderInnen z.B. in der Nähe von Schulen oder an Drogenumschlagplätzen eingesetzt werden und vehement gegen DealerInnen vorgehen.
- Installierung von Überwachungskameras auf den Bereich Busse und Bushaltestellen erweitern, da dort die Zahl der Straftaten gestiegen ist.

Strafen

Bei der Bestrafung krimineller Jugendlicher sollten drei TäterInnengruppen unterschieden werden:

1. ErsttäterInnen sollten gezwungen werden, für sie unangenehme, gemeinnützige Dienste zu leisten (z.B. Graffiti entfernen, öffentliche Einrichtungen säubern). Zusätzlich sollte eine bessere Zusammenarbeit zwischen Eltern und Gericht durch Ermahnungsgespräche mit einem/einer SozialarbeiterIn, dem/der zuständigen Justizbeamten sowie den Eltern des Täters/der Täterin stattfinden.
2. MehrfachtäterInnen sollten zusätzlich zu den sozialen Diensten gezwungen werden und über einen längeren Zeitraum mit BetreuerInnen zusammenarbeiten. Diese BetreuerInnen sollten sich mit dem Umfeld und der Familie des Täters/der Täterin auseinandersetzen und dem/der StraftäterIn Normalität und Wege aus der Kriminalität vermitteln.
3. IntensivtäterInnen sollten für einen längeren Zeitraum aus ihrem bisherigen Umfeld isoliert und dabei intensiv psychologisch betreut werden. Zudem sollten bei schweren Delikten Freiheitsstrafen (auf Hahnöfersand) verhängt werden. Noch nicht strafmündige Kinder sollten in geschlossene Jugendwohnungen betreut werden. Während der Freiheitsstrafe ist darauf hinzuwirken, dass die Jugendlichen auf die Zeit nach der Strafe vorbereitet werden, in dem ihnen neben der Schulbildung und Erziehungsprogrammen ein besonderes Konflikttraining zuteil wird. Ziel dieser Maßnahmen soll es sein, dass die Täter freiwillig ihr früheres soziales Umfeld meiden. Als Hilfestellung sollte es den TäterInnen erleichtert werden, in anderen Stadtteile zu ziehen oder in anderen Städten Sozialwohnungen zu beziehen.

Sauberes Hamburg

Als Referenten standen Frau Möller, Fraktionsvorsitzende der GAL, sowie telefonisch Herr Christ von der CDU und ein Mitarbeiter der Tereg Gebäudedienste GmbH zur Verfügung.

Rauchen in der Öffentlichkeit:

1. Wir fordern die Einrichtung von getrennten RaucherInnen- und NichtraucherInnenzonen in Wartebereichen staatlich verwalteter Gebäude.

Begründung:

Die Schädlichkeit des Passivrauchens ist eindeutig bewiesen.

Für NichtraucherInnen ist es unzumutbar, unfreiwillig dem Rauch ausgesetzt zu sein.

2. Wir fordern zeitgerechtere, zielorientierte Präventionskampagnen in den Schulen und durch die Medien.

Begründung:

Die derzeitigen Kampagnen sind veraltet und sprechen besonders Jugendliche nicht zeitgemäß an.

3. Wir fordern ein Abgabeverbot von Tabakwaren an Jugendliche unter 16 Jahren, sowie eine verstärkte Personalausweiskontrolle beim Kauf. Langfristig wäre eine Abschaffung der Zigarettenautomaten sinnvoll.

Begründung:

Der Zugang zu Tabakwaren sollte für Jugendliche unter 16 Jahren erschwert werden.

Umweltverhalten des Staates:

- Wir fordern Wasser sparende Toiletten und Hähne sowie Energiesparlampen und Mülltrennung in allen öffentlichen Gebäuden.

Begründung:

Durch die gesparten Rohstoffe würden Kosten vermindert werden, außerdem hätte es eine Vorbildfunktion für die Gesellschaft.

Graffiti und Taggs:

- Wir fordern die Beschichtung mit Lack resistenten Belägen an von SprayerInnen beliebten Stellen (S-Bahnen, Bahnhöfe, Autobahn Pfeiler...).

Begründung:

Die Reinigungskosten der beschichteten Wände sind geringer, da keine teuren Lösungsmittel benötigt werden. Durch die verminderte Haltbarkeit der Graffiti bzw. Taggs verlieren die Sprayer auf Dauer ihre Motivation. Außerdem gewinnt das Stadtbild durch saubere Wände an Attraktivität.

Öffentlichkeitsarbeit:

- Wir fordern eine Gewährleistung dafür, dass die gesamte Hamburger Bevölkerung von neuen Gesetzesentschlüssen, Regierungshandlungen und –Erfolgen informiert wird.

Begründung:

Gesetze können nur befolgt werden, wenn sie bekannt sind (Strafe auf das Wegwerfen von Müll). Der Staat sollte eine Vorbildfunktion gegenüber der Gesellschaft ausüben.

Wirtschaft und Verkehr

Wirtschaft

Wir stellen fest:

- Der Hamburger Hafen wird mittel- bis langfristig für Logistikunternehmen voraussichtlich unökonomisch, mit Ausnahme der Binnenschifffahrt, werden.
- Hauptursachen dafür sind geographische Gegebenheiten der Elbe, die eine Anpassung an zukünftig geplante Containerriesen und deren höheren Tiefgang, nicht zulassen, sowie die kostspielige Anfahrt nach Hamburg über die Elbe. Des Weiteren sind die Umschlagsflächenkapazitäten, die bei einem in Zukunft wachsenden Containeraufkommen benötigt werden, begrenzt.
- Hamburg bietet hervorragende Standortfaktoren.
- Es bestehen gute Anbindungen an den Luft-, Schienen-, Straßen- und Wasserverkehr.
- Mit seinen 7 Hochschulen und diversen Forschungseinrichtungen kann Hamburg den Bedarf an Fachkräften in vielen Bereichen gut abdecken.
- Das umfassende Freizeit- und Kulturangebot ist für BürgerInnen und Unternehmen reizvoll.
- Außerdem ist die Hansestadt eine Drehscheibe im internationalen Warenverkehr insbesondere in Richtung Skandinavien und den wachsenden Märkten in Osteuropa.

Wir fordern:

Strukturwandel

- Wir fordern einen Strukturwandel zugunsten von innovativen Industrien besonders IT-Unternehmen.
- Daher erscheint uns eine Reduzierung des Anteils des Hafens am Hamburger Brutto-Produkt für sinnvoll. Dies ist durch konsequente Förderung von Start-Up-Unternehmen zu erreichen, sofern deren Unternehmensziele nicht allgemein anerkannten ethischen Grundsätzen widersprechen, keinesfalls jedoch durch eine Schwächung des Hafenstandorts Hamburg. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Arbeit von Förderungsinitiativen und die Ansiedlung von Venturekapitalunternehmen und kritisieren den momentanen Rückstand des Hamburger Bio-Tech Sektors im Bundesvergleich. Des Weiteren fordern wir die Einrichtung eines Gründungszentrums; dieses soll als Forum dienen und den Start-Ups labortechnisches Leihmaterial zur Verfügung stellen.

Hamburger Hafen und extraterritoriale Hafenerweiterung

- Wir fordern den Bau des zur Diskussion stehenden Tiefseehafens in der Deutschen Bucht. Dieser muss jedoch ein Ergänzungshafen und unter keinen Umständen ein

Ersatzhafen sein. Es darf keine Konkurrenz zu den Hafenstandorten Bremen und Hamburg entstehen.

- Eine Beteiligung von BLG und HHLA am Tiefseehafen ist zwingend erforderlich, um Hamburg seinen Anteil der Steuereinnahmen zu sichern.
- Weiterhin fordern wir den Ausbau der Oberelbe zur Etablierung einer ökonomischen Wasserstraße in den Osten Europas. Dies ist unter bestmöglicher Berücksichtigung ökologischer Aspekte durchzuführen.

Verkehrsanbindung

- Im Zusammenhang mit Resolution II fordern wir einen verstärkten Ausbau der Gleisanlagen zwischen dem Tiefseehafen und Bremen/Hamburg. Dies fördert den Umschlag der Güter über Hamburg und entlastet die Straße.

Verkehr

Hamburger Verkehrs Verbund (HVV)

Wir stellen fest:

- Der HVV hat sich im vergangenen zumeist positiv Jahr gewandelt.
- Wir begrüßen den Wegfall der 1. Klasse in Triebwagen S-Bahnen, sowie des Nachtbuszuschlages.
- Mit Freude nehmen wir den Versuch des HVV, durch Änderungen der Taktung und der Buslinien sowie der Ausdehnung des Angebotes in die Nacht den HVV attraktiver zu machen, zur Kenntnis.
- Sauberkeit und Sicherheit haben sich verbessert.
- Die Erneuerungen gehen uns jedoch nicht weit genug.

Wir fordern daher:

- Erneut über die Einrichtung eines „Partytickes“, wie es der Ausschuss „Verkehr, Wirtschaft und Stadtplanung“ von „Jugend im Parlament“ 1999 vorgeschlagen hat, nachzudenken. (siehe Drucksache 16/3403)
- Wir wollen auch in der Nacht mit dem HVV mobil sein. Dies gilt besonders für das Wochenende sowie für Nächte auf einen Feiertag (Ferientag). Als Optimal empfinden wir es, wenn im vorhandenen Netz Busse und Bahnen die Nacht hindurch fahren würden. Im Sinne der Machbarkeit und Finanzierung fordern wir zunächst den Ausbau des vorhandene Nachtbusnetzes. Auf vielbenutzten Strecken sollen die Taktung erhöht und Gelenkbusse eingesetzt werden. Nützlich ist ein weiterer „Ringbus“ ähnlich der Linie 600, um Fahrzeiten zu verringern.
- Auch den Zuschlag für Schnellbusse aufzuheben und die 1. Klasse in lokbespannten S-Bahnen im Bereich des HVV freizugeben.

- Einzel- und Tageskarten für Jugendliche günstiger abzugeben. Denkbar ist zum einen ein Fahrpreis von 75% für alle unter 26, wie es bei der Deutschen Bahn AG existiert, oder für alle SchülerInnen, Auszubildende... .
- Die Altersgrenze zum Erwerb von Kinderfahrtscheinen soll auf 14 Jahre erhöht werden.
- Die Einrichtung einer Familienkarte für Eltern mit eigenen Kindern als Monats- und Wochenkarte soll geprüft werden.
- Die Wochen- und Monatskarten sollen nicht mehr an den Kalendermonat (-woche) gebunden sein.
- Die Anschlussplanung soll verbessert und auch Unternehmensübergreifend zwischen U- und S-Bahnen und der AKN, sowie zwischen U/S/A-Bahnen und den Bussen stattfinden.
- Um die Fahrzeiten der Busse zu verringern, sind, wenn möglich, noch mehr Busspuren einzurichten, u.a. auch zeitlich begrenzt. Des Weiteren soll die „intelligente Ampelschaltung“ ausgedehnt werden, so dass alle Busse mit Sendern und nahezu alle Ampeln, die von Buslinien befahren werden, mit Empfängern ausgestattet sind.
- Die Mülleimer der U/S/A-Bahnen sollen regelmäßig, besonders Abends und Nachts an den Endstationen geleert werden. Diese Aufgabe kann als Vertragserweiterung dem FHH übertragen werden.
- Die S-Bahnhöfe sind weiterhin zu unansehnlich und schmutzig, sie sollen, wie bei der U-Bahn, öfter gereinigt werden.
- Die digitalen Anzeigetafeln der U-Bahn mit Angabe der Wartezeit stellen eine Erhöhung des Fahrkomforts dar. Sie sollen auch auf die Bahnhöfe der U1 sowie auf die S-Bahnhöfe zügig ausgeweitet werden.
- Das ÖPNV-Kombiticket soll noch weiter ausgedehnt werden.
- In einem Pilotprojekt soll die Aufhebung der Sperrzeiten für die Fahrradmitnahme erprobt werden. Konflikte sollen zunächst auf Kulanzbasis geregelt werden. Überlegenswert ist eine Überwachung durch Kameras der Aktion „Sicherheit-Sauberkeit-Service 24 Stunden alles im Blick“. Wir fordern zu prüfen, ob es möglich ist, Fahrradabteile in U/S/A-Bahnen einzurichten. Wir denken dabei an ausgeschilderte Bereiche, in denen Querbänke durch Klappsitze an den Seiten ersetzt werden, wie es in den neuen S-Bahnen hinter dem LokführerInnenabteil geschehen ist. Dieser Platz reicht jedoch zur Fahrradmitnahme nicht aus und sollte vergrößert werden. Dieses ist gerade in der S-Bahn durch den Wegfall der 1. Klasse möglich. Entsprechende Bereiche besitzen zwar pro Sitzeinheit einen Platz weniger, sind dafür aber vielseitiger nutzbar. Neben Fahrrädern finden auch Kinderwagen, Rollstühle und Gepäck mehr Freiraum. Des Weiteren ist es in Stoßzeiten möglich, mehr Fahrgäste zu befördern.
- Der Hafengebiete ist zu schlecht an den HVV angebunden. Da die historische Chance, das Gebiet mit einer U/S-Bahn durch die 4. Elbtunnelröhre zu verbinden

nicht genutzt wurde, ist eine Verbesserung nur durch eine Ausdehnung der Buslinien zu erreichen.

- Viele „Park & Ride“ (P&R) Plätze sind überfüllt. Es ist nicht auszuschließen, dass sie z.B. von Anwohnern als reiner Parkplatz gebraucht werden, ohne den HVV zu nutzen. Wir fordern daher den Ausbau der P&R Parkplätze in Ballungsgebieten und ein Pilotprojekt zur Kontrolle der Nutzung. Wir stellen uns vor, dass Schranken die Ein- und Ausfahrt regeln und durch HVV-Tickets zu öffnen sind. Des Weiteren fordern wir ein P&R-Leitsystem, ähnlich dem Parkleitsystem, das in der Innenstadt existiert. Es soll von Autobahnen, Schnell- und vielbefahrenen Straßen aus P&R Kapazitäten digital, in noch verfügbaren Stellplätzen anzeigen.
- Bei der Finanzierung der Erneuerungen sind Kreativität und Innovation gefragt. Uns ist bekannt, dass der ÖPNV defizitär ist, dies darf jedoch kein Hindernis darstellen. Zum einen ist zu prüfen, inwiefern durch Ausbau der Werbeflächen Zusatzeinnahmen möglich sind. Attraktivität erhöht Fahrgastzahlen und Einnahmen. Im Übrigen fordern wir, die Ausgleichszahlungen der Freien und Hansestadt Hamburg zu erhöhen.
- An Stelle einer in die Innenstadt fahrenden Stadtbahn, befürworten wir eine Linienführung, die im Sinne eines Ringes die Außenbezirke verbindet und einen Zubringer zu vorhandenen Schnellbahnlinien darstellt.
- Wir fordern die Fortsetzung des ZugbegleiterInnen-Services in der S-Bahn und die Erweiterung auf U- und A-Bahn. Sie tragen und tragen noch zur Sicherheit und Sauberkeit der Bahnen bei.
- Langsamfahrstrecken im S-Bahnnetz sind unverzüglich in Stand zu setzen. Finanzielle Mittel müssen sofort zur Verfügung gestellt werden.
- Durch mehr Fahrkartenkontrollen - besonders in Bussen - soll das Schwarzfahren eingedämmt werden.

Wir sind uns im klaren, dass nicht alle Forderungen auf einmal zu erfüllen sind. Unsere Schwerpunkte liegen daher zum einen in der jugendfreundlichen Fahrpreisgestaltung, zum anderen bei der Erhöhung der Mobilität in der Nacht.

Individualverkehr

- Neben dem ökologischen Bedenken behindert vor allem das zunehmende Platzproblem den Autoverkehr. Dieses ist besonders in einer Stadt, mit historischer Bebauung, wie Hamburg, der Fall. Deshalb befürworten wir eine Verkehrspolitik, die sich für die Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs (MIV) - vor allem in der Innenstadt – einsetzt.
- Der Mobilitätswille ist fest im Menschen verankert. Es ist daher utopisch den Autoverkehr abschaffen zu wollen. Eine zukunftsfähige Verkehrspolitik muss daher versuchen, einen gesunden Kompromiss zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern zu erreichen.
- Neben dem Auto nehmen vor allem Fahrräder und FußgängerInnen am Individualverkehr teil. Die Fahrradwege in Hamburg befinden sich in einem alarmierenden

Zustand. Viele Radwege sind zu schmal und durch Bäume und deren Wurzeln zu uneben. Wir fordern daher die sofortige Sanierung vorhandener Radwege.

- Zwar befürworten wir die neuen Velorouten, sie dürfen jedoch nicht zu Lasten der übrigen Radwege gehen. Verkehrsbehindernde Schmalspurradwege (80cm) sind zu vermeiden, stellen ein Gefahrenpotential da und erhöhen das Unfallrisiko mit Fußgängern. Sie sollen daher vornehmlich durch Fahrradwege auf der Fahrbahn, die farblich markiert sind, ersetzt werden.
- Fahrradwege müssen im allgemeinen so angelegt werden, dass FahrradfahrerInnen weder mit dem MIV, noch mit den Fußgängern in Konflikt geraten.
- Die 30er Zonen sind für das Inline-Skating freizugeben. Auf dieses ist durch Beschilderung hinzuweisen. Das Inline-Skaten rund um die Alster soll wieder aufgenommen werden. Die Kosten dafür trägt die Freie und Hansestadt Hamburg.
- Neue Antriebsformen (Wasserstoff, Elektroantrieb und Biodiesel) für Kraftfahrzeuge sollen noch mehr gefördert werden.